



Verlegherr: Herrmannsdorf, in Breslau 5 Markt, Wochen-Monats, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratengebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Crebition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 316. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 10. Juli 1875.

Deutschland.

Breslau, 9. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Geh. Canzlei-Director und Geh. Canzlei-Rath Förster im Kriegsministerium den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem pensionirten Zahlmeister, Secunde-Lieutenant a. D. Seydel, bisher beim 1. Westpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 6, den königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Revierförster Karl Priem zu Jorshaus bei Linde, im Kreise Greifenhagen, den königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie dem Pastor Günther zu Minsleben in der Grafschaft Bernigerode den Adler der Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath und Abtheilungs-Dirigenten Schlegel zu Weiden D.S. den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pastor Rorth zu Berlin im Kreise Greifenberg und dem Strafanstalts-Director, Premier-Lieutenant a. D. von Schlaabrand zu Jauer, den Rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Handlungscommiss Cornelius Vogel zu Emmerich die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt Dr. Stadthagen zu Canth den Charakter als Sanitätsrath; dem Schuhmacherehrer Heinrich Hodeemann zu Hannover das Prädikat eines königlichen Hofschuhmachers verliehen.

Der Hauptlehrer Classen zu Brandenburg a. H. ist als ordentlicher Lehrer an das Seminar zu Dillenburg berufen worden. — Dem Kreisgerichts-Rath Gerstein in Dortmund ist die Function des Abtheilungs-Dirigenten bei dem Kreisgericht daselbst übertragen worden. Versetzt sind: Der Kreisgerichts-Rath Lindner in Gießen an das Kreisgericht in Wittenberg, unter Uebertragung der Function des Abtheilungs-Dirigenten, der Kreisrichter Schuur in Willsteden an das Kreisgericht in Johannsburg. Der Gerichts-Magistrat Kersting ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Wolfhagen ernannt. Dem Friedensrichter Schommer in Daun ist behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgesuchte Entlassung erteilt. Die Advokaten Henrichs, Bernsdorf und Klein in Köln sind zu Anwälten bei dem Landgericht daselbst ernannt. Der Referendar Carl Maximilian August Schulze ist zum Gerichts-Magistrat im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt.

Breslau, 9. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] verabschiedeten sich am 7. d. M., Morgens um 9 Uhr, aus dem Bahnhofe in Coblenz von Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin und traten mittelst Ertztrages die Reise nach Karlsruhe an.

Bei der daselbst um 1 1/2 Uhr Nachmittags erfolgten Ankunft wurden Se. Majestät von Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzoge, der Großherzogin, dem Erbprinzen, sowie von Sr. Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Baden auf dem Bahnhofe begrüßt und zum Schlosse geleitet. Auf dem Bahnhofe und auf dem Schloßplatze waren Ehrenwachen aufgestellt.

Abends fand großer Zapfenstreich statt.

Gestern Mittag wurde im Beisein Sr. Majestät des Kaisers und Königs und Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs Se. königliche Hoheit der Erbprinzessin dem 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment (Nr. 109) zum Eintritt in den Militärdienst überwiesen.

Hieran schloß sich ein Dejeuner im engeren Familienkreise.

Demnächst trafen Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz, sowie Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Ludwig von Hessen ein.

Das Diner wurde in der Familie eingenommen.

Am Abend fand eine größere Soirée statt, zu der ungefähr 200 Personen Einladungen erhalten hatten.

Heute werden dem Programm gemäß zunächst die Allerhöchsten Herrschaften den Gottesdienst besuchen, dem sich um 9 Uhr 30 Minuten eine Parade anschließt. Demnächst werden die Gratulationen entgegengenommen. Um 2 Uhr findet große Galatafel statt.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers und Königs von Karlsruhe nach der Mainau wird morgen früh erfolgen. Allerhöchstdieselben selbst absichtigen, auf dieser Tour Sr. königlichen Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern einen Besuch abzustatten. Die Ankunft auf der Mainau wird Abends 8 Uhr 15 Minuten erfolgen.

Die Reise Sr. Majestät des Kaisers und Königs nach Gastein wird auch dazu benutzt werden, um Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich einen Besuch in Tirol abzustatten. Zu diesem Zweck werden Se. Majestät sich am 15. Juli früh von Salzburg nach Tirol begeben; die Rückkehr von Tirol erfolgt am 16. Abends. (N. A.)

Breslau, 9. Juli. [Zur Veränderung des Strafgesetzbuches.] Das Unterrichtsgesetz. — Zur Ausführung des Klostersgesetzes. — Dementi. Das preussische Staatsministerium hat bekanntlich in einer seiner letzten Sitzungen die dem Reichsfanzler-Comite einzureichenden Vorschläge zur Veränderung des Strafgesetzbuches beraten und festgestellt. Dieselben sind inzwischen in der vom Justizminister in Gesehform redigirten Zusammenfassung dem Reichsfanzler-Comite überreicht worden. Die wichtige Angelegenheit wird dem Bundesrath bald nach seiner Wiedervereinigung und demnächst den Reichstag voraussichtlich in seiner nächsten Session beschäftigen. — Die Mittheilung eines Correspondenten der „Köln. Ztg.“, daß der Entwurf des Unterrichtsgesetzes soweit er ausgearbeitet sei, demnächst veröffentlicht werden solle, ist entschieden irrtümlich. Der bis jetzt im Ministerium vorläufig aufgestellte Entwurf über das Volksschulwesen wird zunächst den Provinzialbehörden zur gutachtlichen Aeußerung zugehen. Der Entwurf über das höhere Schulwesen, sowie über das weibliche Unterrichtswesen werden wohl erst nach dem wirklichen Eintritt des Geheimraths Bonitz in das Ministerium zur Feststellung gelangen. Weiter aber werden die verschiedenen Theile des Gesetzes sodann erst Gegenstand von Verhandlungen mit den anderen Ressorts und im Staats-Ministerium sein müssen. Der wirklichen Feststellung der Entwürfe muß nach der bekannten Allerhöchsten Ordre vom Februar erst die Genehmigung der Grundzüge im Staats-Ministerium und ferner Sr. Majestät vorliegen. Um eine Veröffentlichung wird es sich jedenfalls erst in einem späteren Stadium handeln können. — In dem Circular-Erlaß des Ministers des Innern und des Cultus in Betreff der Ausführung des Klostersgesetzes ist vorweg in Uebereinstimmung mit den Motiven des Gesetzes festgestellt, daß durch den Ausdruck „Orden und ordensähnliche Congregationen“ klargestellt werden soll, daß das Gesetz sich auf die zwar nach dem katholischen Kirchenrechte verschiedenen, für den Staat aber in den hier fraglichen Beziehungen ganz gleichstehenden Orden und Congregationen bezieht, während es solche Verbindungen, deren Mitglieder sich nicht zu einem gemeinsamen Leben verpflichten und nicht ihre ganze Persönlichkeit den Zwecken eines Ordens oder einer Congregation zur Verfügung stellen, mithin den kirchlichen Bruderschaften oder Vereinen nicht berührt. Das entscheidende Kriterium liege hiernach nicht sowohl in der Ablegung von mehr oder minder feierlichen oder dauernden Ge-

lübden, sondern in der Organisation der Genossenschaft, durch welche die zu einer Vita communis vereinigten Mitglieder außerhalb der gewöhnlichen Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft gestellt sind und in der Gesamtheit ihrer Lebensbeziehungen der Direction von kirchlichen Oberen unterworfen werden. In Betreff des Begriffs „Niederlassung“ wird ferner gesagt, daß derselbe nicht den Besitz von liegenden Gründen und Gütern voraussetze. Ebenfalls sei er auf eigentliche Ordenshäuser, Klöster, Anstaltsgebäude u. s. w. beschränkt. Vielmehr genüge im Allgemeinen schon der feste Aufenthalt mehrerer Ordens- oder Corporationsmitglieder an einem bestimmten Orte. Es werde dabei indeß zu prüfen sein, ob im gegebenen Falle das Requirat eines nach bestimmten Regeln geordneten gemeinschaftlichen Lebens zutrefte. — Die Nachricht, daß der Polizei-Präsident von Madai nach seinem jetzigen Urlaub nicht in seine Stellung zurückkehren beabsichtige, entbehrt, wie bestimmt versichert werden kann, jeder Begründung. Es liegt zu einem solchen Gerüchte durchaus kein Anlaß vor.

Δ Berlin, 9. Juli. [Das Schulwesen der Stadt Berlin.]

— Grabow-Denkmal. — Afrikanische Gesellschaft. Die Stadt Berlin mit ihrem großen Schulwesen hat bisher zwei besoldete Schulräthe, einen für die höheren Unterrichtsanstalten und einen für die Volksschulen. Daneben fungirt eine große Schulcomission. Daß bei der großen Zahl der Klassen und Lehrer — letzterer werden jetzt bald 2000 sein — von einer gehörigen Schulaufsicht durch die Stadtschulräthe keine Rede sein kann, bedarf keines Nachweises. Von dem im Uebrigen unannehmbaren Decentralisationsplane des Oberbürgermeisters hobrecht gefiel den Stadtverordneten nur der eine Gedanke, daß man eine Anzahl besoldeter, pädagogisch gebildeter Bezirksinspectoren anstellen und ihnen die eigentliche Schulaufsicht übertragen solle. Dann, meinte man, sei es auch angemessen, nur einen Stadtschulrath zu haben, um die einheitliche planmäßige Behandlung der gesammten Schulanangelegenheiten besser zu erreichen. Da der Stadtschulrath Hoffmann demnächst seinen Posten aufgeben und die Gymnasial-Directorstelle am „graues Kloster“ übernehmen wird, so werden die städtischen Behörden sich zunächst über die Personfrage zu einigen haben. Der zweite Stadtschulrath Bertram soll durchaus geeignet sein, unter der Voraussetzung der Anstellung von 10 bis 12 Bezirksinspectoren, die dann den beiden Stadtschulrathstellen bleibenden Geschäfte allein zu übernehmen. Doch spricht die auffällige Empfehlung des Oberlehrers Dr. Dielz (jetzt auch Stadtverordneter und zum Berg gehörig) durch die Presse zu der vacanten Stelle entschieden dafür, daß jener Plan unter dem Magistrat und unter den Stadtverordneten auf lebhaften Widerspruch stoßen wird. Jedenfalls bildet das Schulwesen eines der schwierigsten Theile der communalen Selbstverwaltung der jährlich um 40,000 bis 50,000 Menschen anwachsenden deutschen Reichshauptstadt. — In der Stadt Prenzlau in der Uckermark findet am 13. Juli die Einweihung des dem Andenken des Oberbürgermeisters Grabow (des tapfern Präsidenten der preussischen Nationalversammlung von 1848 und des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866) errichteten Denkmals statt, wozu das Grabow-Denkmal-Comite die alten Freunde des Verewigten im Abgeordnetenhaus und Reichstage durch besondere Schreiben eingeladen hat.

Die hiesige afrikanische Gesellschaft oder richtiger „die deutsche Gesellschaft zur Erforschung Centralafrikas“ verliert ihren Vorsitzenden, Dr. Georg Neumayer, der die Leitung der deutschen Seeworte übernimmt. Im Vorsth der Gesellschaft wird ihn Dr. Nachtigall ersetzen, der nun auf mehrere Jahre an Berlin gefesselt ist. Beide Männer wohnen dieser Tage einer Sitzung einer neugegründeten Deutsch-Afkanischen Gesellschaft bei. Diese besteht bis jetzt aus einigen 20 Kaufleuten, Gelehrten, Officieren unter Leitung eines mehrere Jahre in Abyssinien wohnhaft gewesenen Kaufmanns und beabsichtigt nichts weniger, als in der südlichsten Provinz Abyssiniens in Choa unter dem weisen und culturfreundlichen Könige Menelek eine dauernde deutsche Niederlassung zu begründen, um sowohl gewinnreichen Handel zu treiben, als auch wissenschaftliche Expeditionen in das Innere Afrikas zu veranlassen. Die Mitgliedschaft der Gesellschaft wird durch eine Einlage von 3000 Mark bedingt. Nachtigall sprach sich über die Schwierigkeiten des Plans aus, die er in der Vereinigung der commerciellen und wissenschaftlichen Zwecke in einer und derselben Erwerbs-gesellschaft, sodann in der Unsicherheit des Bestandes der gegenwärtigen Zustände Abyssiniens und in den freitragenden Missionen fand, deren Zulassung dort unvermeidlich sei. Es versteht sich übrigens von selbst, daß ein Mann wie Nachtigall auch den abenteuerlichsten Plan nicht für unmöglich erachtet, sofern seine Ausführung nur klugen und energischen Männern anheimfällt.

[Der Erlaß des Cultusministers] betr. die Lehrergehälter ist bereits im gestrigen Mittagblatt analysirt worden. Wie die „K. Z.“ berichtet, hat derselbe den einzelnen Regierungen dabei Folgendes bemerkt:

Den Gehältern, wie solche von den königlichen Regierungen in Aussicht genommen sind, kann, was namentlich das platte Land mit seinen meist ein-klassigen Schulen anlangt, im Allgemeinen zugestimmt werden, unbeschadet der vorschrittsmäßigen Festsetzung der Lehrerbesoldungen in jedem Einzelfalle nach den concreten Verhältnissen. Es erscheint aber dringend notwendig, daß jede Regierung bei Ausführung der beabsichtigten Gehaltsaufbesserungen hinsichtlich der zu Grunde zu legenden allgemeinen Normen mit den benachbarten königlichen Regierungen in lebendiger Verbindung bleibe, um unnothige Differenzen in den Gehältern bei sonst gleichartigen Verhältnissen zu vermeiden. Dies hat insbesondere Bezug auf die Gehaltsnormen für die Lehrerstellen in den Städten, bei denen die wünschenswerthe Gleichmäßigkeit, soweit eine solche nach den maßgebenden Grundfahen überhaupt zu erzielen ist, nicht überall erreicht zu sein scheint. Den königlichen Regierungen wird es daher zur Pflicht gemacht, mit den benachbarten königlichen Regierungen in enger Verbindung zu treten, um auf diese Weise Normen zu erlangen, welche berechnete Klagen aus beiderseitigen Kreisen ausschließen. Es muß erwartet werden, daß die Aufbesserung der Elementarlehrer-Gehälter mit Hilfe des jetzt bewilligten Staatszuschusses zu einem einseitigen und vorbehaltlich der gezielten Regelung der Sache befriedigenden Abschlusse gelange. Die Hoffnung auf diesen Erfolg ist um so berechtigter, als einerseits die aus den Lehrer-kreisen bis in die neueste Zeit vielfach wiederholten Klagen über fortdauernde Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse im Allgemeinen nicht mehr für zureichend erachtet werden können, andererseits aber das Vertrauen gehoben werden muß, daß die Lehrer selber ihre Hoffnungen und Ansprüche richtig begrenzen werden. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich auch, daß der bewilligte Zuschuß lediglich dazu benutzt ist, die Stellengehälter bei Unzulänglichkeit der Kräfte der Nachbesserung auf die gewünschte Höhe zu bringen und auf derselben zu erhalten. Darin liegt zugleich die Voraussetzung und Nothwendigkeit, die Kräfte der Betheiligten während in Anspruch zu nehmen, wie dies der königlichen Regierung in früheren Classen-

wiederholt zu erkennen gegeben ist. Wird aber somit ein wirksamer Schritt auf der seit 1867 betretenen Bahn vorwärts gethan, so wird sich das Bedürfnis zu anderweitigen Beihilfen verhältnismäßig vermindern. Es darf daher auch mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die zu persönlichen Zulagen bei früheren Zuschüssen bewilligten Fonds mehr und mehr verwenbar werden, um zur Ergänzung der Mittel zu Dienstalterszulagen zu dienen, wie dies unvermeidlich ist, wenn die Zuwächse der betreffenden Altersklassen sich allmählig vermehren. Für besondere Fälle des Bedarfs wird, sofern die Fonds zu persönlichen Zulagen erschöpft sein sollten, auf die zu einmaligen Bewilligungen verwendbaren Ersparnisse verwiesen. Wie es einerseits unumgänglich erscheint, die beabsichtigte Aufbesserung in jedem einzelnen Falle nicht ohne Zuziehung der Nachbesserung vorzunehmen, weil es sich eben um Erhöhung der Stellengehälter handelt, für welche die betreffenden Gemeinden in erster Linie aufzukommen haben und die Staatsbeihilfe nur so lange und in so weit gewährt wird, als die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten andauert, so ist es andererseits geboten, im Falle der beabsichtigten Aufbesserung das gegenwärtige Einkommen der betreffenden Stelle wiederholt in allen seinen Theilen festzustellen und dabei insbesondere die Naturalien und Erträge aus den Dienstaltersbereichen einer erneuerten Prüfung zu unterwerfen, um mit den bisherigen Annahmen nicht etwa hinter angemeßenen Sätzen, die als sicher in der Hand jedes Stelleninhabers gelten dürfen, zurückzubleiben zur Veranschlagung der Verpflichteten oder zur ungebührlichen Inanspruchnahme der Staatsfonds. Es ist sofort aus Werk zu gehen, um die nöthige Aufbesserung der Lehrerbesoldungen herbeizuführen; dabei will ich, sofern die königliche Regierung dies im laufenden Jahre nicht vollständig für den ganzen Umfang ihres Verwaltungsbezirks vorschritt-mäßig durchzuführen im Stande sein sollte, gestatten, den noch nicht definitiv verwendeten, aber doch für die Stellenbesserung in Aussicht genommenen Rest des jetzt gewährten Zuschusses den betreffenden Lehrern ohne Präjudiz für die spätere endgültige Entscheidung als einmalige Bewilligung zuzulassen.

[Der Polizei-Präsident v. Madai] hat, seinen 2monatlichen Urlaub angetreten. Wie die „Deutsche Börsen- und Handelszeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, werde „Herr von Madai von diesem Urlaub nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren, da seine Gesundheit durch die aufreibende und anstrengende Thätigkeit der letzten Jahre betraffet angegriffen, daß er sich in das Privatleben zurückziehen will.“

Sonderburg, 8. Juli. [Ueber den vereitelten dänischen Demonstrations-Besuch] enthält die „Sonderburger Zeitung“ Folgendes:

„Der zum 4. d. M. angesagte, von der bekannten staatsfeindlichen Partei berufene Massenbesuch aus Svendborg ist in Folge des Einschreitens der Behörde verhindert worden. Um den irrigen Auf-fassungen und unwahren Verbreitungen über die Gründe dieses Ver-bots entgegenzutreten, sind wir ermächtigt, die betreffende Verfügung der höheren Behörde nachstehend zum Abdruck zu bringen: „Augustenborg, den 2. Juli 1875.“

Auf den gef. Bericht vom 1. d. M. — J. Nr. 938 — erwidere ich der Polizei-Verwaltung ergebenst, wie es nach dem mir auch anderwärts zuge-gangenen Mittheilungen über den zum 4. d. M. für Sonderburg und den Sundewitt angekündigten Besuch von 250 Dänen, sowie aus den für deren Empfang getroffenen Vorbereitungen nicht zweifelhaft erscheint, daß dieser Massenbesuch lediglich in demonstrativer Absicht, und um den staatsfeind-lichen Bestrebungen der dänischen Partei Vorstoß zu leisten, in Scene gesetzt worden ist.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung halte ich es daher für geboten, jenen Massenbesuch zu verhindern.

Demgemäß erlaube ich die Polizeiverwaltung ergebenst, dem Fabrikanten Schan, welcher nach dem Berichte vom 1. d. Mts. Namens des Empfangs-comites die bezügliche Anzeige erstattet hat, zu eröffnen, daß den von dem Comite verschriebenen Festgästen das beabsichtigte Betreten des diesseitigen Gebietes verweigert sei.

Gleichzeitig beauftrage ich die Polizeiverwaltung, das Erforderliche vor-zunehmen, um die Landung der dänischen Festgäste eventuell im Zwangswege zu verhindern.

Die Gensdarmrie ist meinerseits bereits mit entsprechender Anweisung versehen.

Der königliche Landrath.

v. c. Magdeburg, Regierungs-Magistrat.

Der besonnene Theil der Bevölkerung weiß es der Behörde Dank, daß eine lediglich zur Erregung der politischen Leidenschaften in Aus-sicht genommene Demonstration verhindert worden ist. Die Führer jener Partei aber mögen aus diesem Vorgange entnehmen, daß die Behörde nicht gewillt ist, zu dulden, daß Fremde und Ausländer gewissermaßen die Herren im Lande spielen, und daß ferner die Behörde sich der Pflicht wohl bewußt ist, die Bevölkerung gegen die ungesetlichen Bestrebungen der Partei, welche auf die Störung der dauernd und unabän-derlich feststehenden staatlichen Verhältnisse gerichtet sind, zu schützen.

Laut „Dybbolposten“ gingen die Svendburger, die uns vorgestern mit ihrem Besuche beehren wollten, deren Landung hier aber aus an-gefügtem Grunde verhindert wurde, auf ihren beiden Schiffen vom unserer Rhede aus nach Flensburg, wo ihnen ein versuchter Landgang gleichfalls polizeilich verweigert wurde. Sie bezogen sich darauf nach Glücksburg, wo ihnen gestattet ward, eine Mahlzeit einzunehmen, wonach gegen 6 Uhr die Gesellschaft ihre Rückreise nach Fährnen antrat.

Calw (Württemberg), 8. Juli. [Eingabe an den Kaiser.] Wie dem „Schw. Merkur“ von hier geschrieben wird, richtete eine Anzahl gut deutsch und württembergisch gesinnter Männer an den Kaiser Wilhelm eine Eingabe mit der Bitte, es möchte ihm gefallen, auch einmal Württemberg zu besuchen und zu diesem Behufe für die Reise von Karlsruhe nach der Insel Mainau den Weg über die Ra-goldsbahn und die obere Neckarbahn zu wählen. Die Antwort auf diese Bitte erfolgte gestern und lautet: „Majestät beauftragen mich, Ihnen Dank für die patriotischen Worte der Eingabe vom 30. d. M. auszusprechen und hinzuzufügen, wie lebhaft Allerhöchstdieselben be-dauern, der Einladung nicht Folge geben zu können, da die ander-weiten Dispositionen mit den badischen Herrschaften eine Aenderung des Reiseplans nicht mehr gestatten.“ Oberhofmarschall Gr. Pfister.“

Paderborn, 8. Juli. [Ein neuer Katechismus.] Von dem Dr. Konrad Martin ist so eben ein „Katechismus des römisch-katho-lischen Kirchenrechts“ erschienen, der dadurch interessant ist, daß auf dem Titelblatt des im Pfingstsonntags-Verlage zu Münster gedruckten Buches, dessen Vorrede datirt ist: „Weisel, Pfingstsonntag 1875“, steht: „von Dr. Konrad Martin, Bischof von Paderborn“. Darin liegt eine „ausdrückliche Annahme des Amtes“, die nach § 1 Reichs-gesetz vom 4. Mai 1874 dazu bestimmt ist, ihn der Staatsangehörig-keit verlustig zu erklären und aus Deutschland auszuweisen, falls nämlich die Bezeichnung von Dr. Martin selbst und nicht bloß vom Verleger ausgeht.

Vom Niederrhein, 8. Juli. [Die rheinischen Succursal-Pfarreien] sollten seit dem Mai 1874 definitiv besetzt sein. Es wäre an der Zeit, die Bischöfe (Erzbischof von Köln, Bischöfe von Trier und Münster) zu zwingen, die Besetzung vorzunehmen, oder gegen dieselben vorzugehen. Diese armen Pfarren können schließlich ihres Amtes enthoben werden vom Bischof. Möge die Regierung die Bischöfe endlich zwingen, denselben gerecht zu werden. So lange der Pfarren keine gesicherte Existenz hat, kann man von ihm keine Unterwerfung verlangen. Es ist ein richtiges Princip, gegen den Oberen, der prinzipiell opponiert, scharf und consequent vorzugehen, den Untergebenen milde zu behandeln. Deshalb stimmen wir ganz dem Sage zu, allen Geistlichen, die bereits vor dem 31. Jan. 1850 den Staatsgehalt geleistet und nie gegen die Besetzung protestiert haben, das Staatsgehalt auszuzahlen, ohne von denselben irgendwelche Erklärung zu verlangen. (R. 3.)

Trier, 8. Juli. [Ultramontanes.] Wie der „Tribüne“ von zuverlässiger Seite gemeldet wird, hat sich dort bei Anwesenheit des Herrn Cultusministers Folgendes zugetragen. Während die Herren des Festcomites mit den Vorbereitungen zum Banket im großen Casino saale beschäftigt waren, begegneten zwei Offiziere vom 69. Infanterie-Regimente dem in der Nähe von Trier wohnenden Baron v. S. und richteten die Frage an ihn, ob er auch an dem Festessen theilnehmen werde. Die kurze, aber bündige Antwort des Herrn Barons war: „Ein katholischer Edelmann kann mit einem solchen R. . . nicht zu Tische sitzen“. Welchen Eindruck diese „noble“ Redensart auf den gebildeten Theil der Bürgerschaft, die dem Herrn Cultusminister das Festessen veranstaltete, gemacht hat, können Sie sich leicht vorstellen, zumal der betreffende Herr Baron königlicher Kammerherr, gewähltes Mitglied des Herrenhauses und jüngst von Sr. Majestät decorirt worden ist. Da das Offiziercorps der hier garnisonirenden Regimenter noch fernerhin mit einem solchen Edelmann, der Sr. Majestät höchsten Staatsbeamten — wenn auch privatim — beschimpft, verfahren darf oder wird, darauf ist die ganze Bevölkerung sehr gespannt. Wie verlautet, haben die betreffenden Commandeure ihren Offiziercorps bereits die nöthigen Weisungen gegeben.

Frankfurt, 8. Juli. [Vernehmung.] Zu heute Vormittag war der Corrector der „Frankf. Ztg.“ Herr Reichel, vor den Untersuchungsrichter geladen, um über die Verfasser der incriminirten Leitartikel in Nr. 84 und 90 des Blattes vernommen zu werden. Herr Reichel erklärte, daß er die Verfasser der Artikel nicht kenne.

Aus dem Großherzogthum Hessen, 8. Juli. [Zum Jubiläum des Bischofs von Mainz.] welches am 25. d. M. stattfindet, ist soeben eine Subelschrift bei Chr. Einarich in Wiesbaden erschienen, die sich betitelt: „Subilate! Beitrag zur Feier des 25jährigen Amts-Jubiläums des Herrn Wilhelm Emanuel von Ketteler, Bischofs von Mainz.“ Der Inhalt des — wie man dem „Frankf. Journ.“ schreibt, von zwei in hervorragender öffentlicher Stellung thätigen hessischen Staatsbürgern herrührenden — Schriftchens läßt sich am Besten aus den Ueberschriften erkennen, in welche sich das in einem ruhigen, würdigen Tone gehaltene Werkchen gliedert. Diese Ueberschriften sind: 1) „Wie Herr von Ketteler Bischof von Mainz wurde“. 2) „Bischof von Ketteler und der kirchliche Friede in Hessen“. 3) „Der Bischof und die Arbeiterfrage“. 4) „Der Bischof und der Katholicismus“. 5) „Der Bischof, der Staat und das Vaterland“. Am Schlusse des Ganzen wird auf Grund des Vorausgegangenen „im Richte der Geschichte und im Namen unseres Vaterlandes“ die „dreifache Anklage gegen den Bischof formulirt: daß er die Religion der Liebe und des Friedens zu einer Bringlerin des Haders und der Zwietracht verkehrt und den Samen des Glaubenshasses im Vaterland ausgestreut, daß er die Herzen der Arbeiter verwirrt und beschwert und mit Haß und Neid gegen ihre Arbeitgeber erfüllt, und daß er endlich die Gesetze und Institutionen unseres Vaterlandes in den Augen des Volkes herabgewürdigt, die Liebe zum Vaterland in den Herzen der Bürger zu erlöschern sich bemüht habe. „Doch wir stehen ab von dem bürgerlichen Strafgerichte — heißt es dann — wir sehen, daß Sie bereits vor dem competenten Gerichtshofe stehen, dem der Geschichte, soweit sich dieselbe um Sie noch kümmern wird. Die Nemesis der Geschichte hat bereits ihre Hand auf Ihr Haupt gelegt! Es wird Ihnen an Ihrem Jubiläums-Tage ergeben wie dem Könige Belsazar von Babylon bei seinem Gastmahl! Mit Geistesrand werden Sie an den Wänden Ihres bischöflichen Palastes geschrieben finden die Worte: „Mene Tekel Upharsin“ — du bist gewogen und zu leicht befunden worden!“

Karlsruhe, 9. Juli. [Se. K. K. Hoheit der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen] ist heute Abend von hier nach Berlin zurückgekehrt.

Karlsruhe, 8. Juli. [Seine Majestät der Deutsche Kaiser.] König von Preußen, geruhte heute Morgen im engsten Kreise der Großherzoglichen Familie Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog das Allerhöchste Handschreiben zu übergeben, womit der Kaiser Denselben zum Secondelieutenant im 1. bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 ernannt und Sr. Königlichen Hoheit den Orden vom Schwarzen Adler verliehen hat. Gleichzeitig überreichte Se. Majestät dem Großherzog ein Allerhöchstes Handschreiben, worin der Kaiser Se. Königliche Hoheit von dieser Ernennung und Ordensverleihung benachrichtigt hat. Die Allerhöchsten Handschreiben lauten wörtlich wie folgt:

An des Großherzogs von Baden Königliche Hoheit.
Euer Königliche Hoheit heutige Geburts- und Majorenitätsfeier giebt mir auf den Wunsch Ihres Herrn Vaters die erfreuliche Veranlassung, Ihre Aufnahme in die Armee zu veranlassen, indem ich Sie hierdurch zum Secondelieutenant im 1. badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 ernenne. Es ist mir eine aufrichtige und herliche Freude, Sie — Meinen lieben Enkelsohn — nunmehr auch in dem Grenadier-Regimente des Soldaten, in enger Zugehörigkeit zu diesem vortheilhaften Regimente Ihres Herrn Vaters zu sehen, und wünsche ich Ihnen Meine lebhafteste Theilnahme an dem heutigen Tage auch noch dadurch zu bezeugen, daß ich Ihnen Meinen hohen Orden vom Schwarzen Adler verleihe.

Karlsruhe, den 9. Juli 1875. (gez.) Wilhelm.
An des Großherzogs von Baden Königliche Hoheit.

Durchlauchtigster Fürst,
Freundlich lieber Vetter, Bruder und Schwiegersohn.
Euer Königliche Hoheit benachrichtige ich hierdurch, daß ich, Ihrem Wunsche entsprechend, heute die Ernennung Ihres Sohnes des Großherzogs zum Secondelieutenant in Euer Königlichen Hoheit Leib-Grenadier-Regiment, unter gleichzeitiger Verleihung des Schwarzen Adlers-Ordens, verfügt habe. Ich kann mir hierbei nicht versagen, Euer Königlichen Hoheit Meinen aufrichtigen Glückwunsch zu dem heutigen Tage und Meine herzliche Freude darüber auszusprechen, daß es mir vergönnt war, Meinen lieben Enkelsohn in die Armee einzuführen. Möge Gottes Segen weiter mit ihm sein.

Ich verbleibe mit besonderer Werthschätzung und Freundschaft
Karlsruhe, den 9. Juli 1875.

Euer Königlichen Hoheit
treu ergebener Vetter, Bruder und Schwiegervater.
(gez.) Wilhelm.

Durch Allerhöchste Cabinetordre vom heutigen Tage hat ferner Se. Majestät der Kaiser und König auf den Wunsch Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs den Premier-Lieutenant Frisch I. vom ersten badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 zur Dienstleistung aus-

Ordnungs-Offizier zu Sr. Königlichen Hoheit dem Erb-Großherzog commandirt.

Österreich.

Wien, 8. Juli. [Dementi.] Bezüglich der nach Auswärts gemeldeten Nachricht von dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Ungarn und Oesterreich über Erneuerung des österreichisch-ungarischen Handelsbündnisses wird unterrichteter Seits hervorgehoben, daß ein officieller Beginn der bezüglichen Verhandlungen bis jetzt nicht stattgefunden habe und daß deshalb auch von einem Scheitern derselben keine Rede sein könne.

Italien.

Rom, 5. Juli. [Das geheime Consistorium. — Communistische Propaganda.] Der „A. N. Z.“ schreibt man: Der Papst bestätigte in dem heutigen geheimen Consistorium nachbenannte Erzbischöfe und Bischöfe: Erzbischof von Bamberg mit einem Gehalt von 15,000 Gulden Msgr. Friedrich Schreiber, bisher Diöcesanprieſter, Pfarrer und Schulsinspector; Bischof von Königsgrätz mit einem Gehalt von 12,000 Gulden Msgr. J. Haß, Diöcesanprieſter in Budweis, Seminardirector und Dr. theol.; Bischof von Triest und Capo d'Isria Msgr. G. Dobrila, bisher Bischof von Parenzo und Pola, Gehalt 10,000 Gulden; Bischof von Kalisch mit einem Gehalt von 40,000 polnischen Gulden, Msgr. B. Th. Popiel, jetzter Bischof v. Plock; Patriarch von Westindien Msgr. Fr. a Paula Benavides v. Navarrete, bisher Bischof von Siquenza; Metropolit und Erzbischof von Toledo Cardinal J. Moreno, zuvor in Valladolid; Metropolit und Erzbischof von Messina Msgr. G. Guarino, bisher Erzbischof von Syracusa; Metropolit und Erzbischof von Siracusa Msgr. B. La Vecchia Guarneri aus dem Minoritenorden, zuvor Bischof von Noto; Erzbischof von Larissa in part. und Coadjutor des Erzbischofs von Paris mit der Hoffnung zur Nachfolge Msgr. Fr. M. B. Richard, zuvor Bischof von Belley; Metropolit und Erzbischof von St. Jacob auf Cuba Msgr. J. M. Martin b'Gerrera y de la Iglesia, Diöcesanprieſter in Salamanca und Dr. theol. Bischof von Malaga Msgr. St. J. Perez y Martinez Fernandez, zuvor erwählter Erzbischof von Tarragona; Bischof von Monbenedo Msgr. Fr. de Sales Crespo y Bautista, bisher Bischof von Arechi in partibus; Bischof von Sta. Marta (Neu-Granada) Msgr. Jof. Romero, bisher Bischof von Olona in partibus; Bischof von Cordova Msgr. J. Gonzalez y Diaz Tunon, Dr. phil. et theol.; Bischof von Leon Msgr. S. Fernandez de Castro, Seminardirector und Dr. theol.; Bischof von Santander Msgr. B. Calvo y Valero, Domherr in Cadix und Dr. theol.; Bischof von Calahorra und Calzada Msgr. G. Catalina del Amo, Domherr in Toledo und Dr. theol.; Bischof von Cagliari und Pergola Msgr. E. R. Zampetti, Dr. theol. et utriusque juris; Bischof von Noto Msgr. J. Blandini, der Theologie und beider Rechte Dr.; Bischof von Belley Msgr. J. Marchal, Diöcesanprieſter und General-Vicar; Bischof von Punno (Peru) Msgr. P. J. Chaves, Friedensrichter und Dr. theol.; Bischof von Aurtia in partibus (Mesopotamien) und Coadjutor des Bischofs von Narni mit der Hoffnung auf Nachfolge Msgr. B. Galli, Propst und Dr. theol. et utriusque juris; Bischof von Gerra in partibus (Aegypten) und Coadjutor des Bischofs von Lüttich mit der Hoffnung auf Nachfolge Msgr. B. J. Doutrelour, Domherr und Dr. theol.; Metropolit und Erzbischof von Capheil (Irland) Msgr. E. Croke, früher Bischof von Auckland (Neu Seeland); Erzbischof von Adana in partibus (Sicilien) Msgr. A. Notyn Darauni, Generalprocurator der Antonianermönche (Maroniten); Bischof von Abdera in partibus Msgr. R. Kostell, zuvor Bischof von Rottingham; Bischof von Marcopolis in partibus und Coadjutor im apostolischen Vicariat des britischen Columbiens Msgr. P. Durien von der Congregation der Oblati di Maria Immacolata. — Man versichert auch in amtlichen Kreisen: die Regierung habe Beweise von dem Vorhandensein einer in der Romagna eifrig arbeitenden communistischen Propaganda in Händen: es handle sich dabei um nichts weniger als um die Ausführung dessen was in der Villa Ruffi im Keim erstickt worden.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. [Gontaut-Biron.] Der „Moniteur Universel“ enthält in seinem Bulletin folgende erschütternde vom Herzoge Decazes inspirirte Notiz: „Es konnte uns nicht entgehen, daß seit einiger Zeit mehrere Organe der „preussischen Presse“ eine sich über die internationalen Gebräuche ganz hinwegsetzende Polemik gegen den Botschafter Frankreichs in Berlin führen. Man wirft, wie es scheint, Herrn Gontaut-Biron vor, daß er wenig mit dem „kaiserlichen Kanzler“ verkehre und Salons frequentire, in welchen die Politik des Fürsten von Bismarck nicht immer unterstützt und gebilligt wird. Zur ersten Beschwerde wollen wir nur bemerken, daß, wie alle Welt weiß, seit einigen Jahren der „kaiserliche Kanzler“ dermaßen mit Geschäften überladen ist, daß er für das diplomatische Corps fast unsichtbar geworden ist. Lord Loftus, welcher 1861 den englischen Botschafterposten in Berlin gegen jenen von St. Petersburg umtauschte, hatte während der 6 Monate vor seiner Abreise den Fürsten von Bismarck nicht zweimal gesehen. Daraus darf man schließen, daß der französische Botschafter niemals die geringste Affection bekundete, den Reichskanzler nicht zu besuchen; man kann sogar annehmen, daß Herr v. Gontaut-Biron sehr oft verlegen war, um wegen der vielen ihm anvertrauten Angelegenheiten mit dem Fürsten zu unterhandeln. Was nun die gesellschaftlichen Beziehungen unseres Botschafters in Berlin anlangt, so ist es allbekannt, daß sein Name, seine Verwandtschaften und sein tactvolles Benehmen ihn zu verschiedenen Malen in den Stand gesetzt haben, zur Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern beizutragen; und Niemand kann es ihm zum Vorwurfe machen, wenn er zu solchen Zwecken die Stellung ausnützte, welche er durch persönliche Eigenschaften in der politischen Welt Deutschlands sich zu schaffen verstanden hat. In Zeiten, wie es die jetzigen sind, hängen offenbar die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sehr von Persönlichkeiten ab. Wir gefallen uns darin, anzuerkennen, daß die Haltung des Fürsten von Hohenzollern in Paris eine vorwurfsfreie (irréprochable) ist; aber wir hoffen, daß die Gesellschaft und die Regierung Deutschlands Herrn von Gontaut-Biron gleiche Gerechtigkeit werden widerfahren lassen.“

Officiös wird von Versailles aus erklärt: Die gestern an der Börse verbreiteten Gerüchte von angeblichen Schwierigkeiten mit der deutschen Regierung und von dem angeblich seitens der letzteren gestellten Verlangen, daß Herr v. Gontaut-Biron abberufen werde, entbehren jeder Begründung.

[Die Auflösung und die Parteien. — Gambetta als Parteiführer.] „Hier ist nichts zu schachern!“ ruft heute die „République Française“ den Orléanisten in sittlicher Entrüstung zu. Die Orléanisten wollen wohl mit zur Kammerauflösung wirken, aber sie wollen baar und pränumerando bezahlt werden. Stolz kann man den Orléanisten nicht vorwerfen. Ihnen sind alle Mittel gut, um sich die Herrschaft zu sichern. Sie geben sich kaum die Mühe, den vorgeschlagenen Handel unter dem Euphemismus der Priorität des Wahlgesezes zu verbergen. Das Erzählen haben sie längst verlernt, il n'y a que le premier pas qui coûte!

Die Linken geben die Hoffnung noch nicht auf, die Auflösung auch

gegen die Orléanisten zu erzielen, aber hier mag der Optimismus, der Fehler der meisten französischen Politiker, doch allzusehr maßgebend sein. Die Legitimisten müssen wohl dem rechten Centrum den Schabernack spielen, so daß dieselben im Senate wie in der nächsten Kammer durch ihre Abwesenheit glänzen könnten; aber so süß ihnen auch dieser Nachgenuß wäre, so dürften sie sich schwerlich entschließen, denselben ihre Sitze zu opfern, die bei den Neuwahlen verwirrt sind und bleiben.

Die Actien der Republik stehen denn auch heute wieder einmal unter Part. Und wie ein Unheil nie allein kommt, so greift auch die Zwietracht unter den Linken um sich — den Principienreitern der äußersten Linken schließen sich gar manche Deputirte an, weniger aus Ueberzeugung als aus Angst, nicht mehr wiedergewählt zu werden. Herr Gambetta verkert glücklicherweise den Kopf nicht. Er lavirt mit der Kaltblütigkeit eines englischen Steuermannes und wartet einen günstigeren Wind ab.

Spanien.

Madrid, 4. Juli. [Das Repressaliendecret. — Die Cultusfreiheit.] Der „Fr. Ztg.“ schreibt man: Wer ist ein notorischer Carlisle im Sinne des Repressaliendecrets oder, um dessen Worte zu gebrauchen, wer sind die „welche durch ihre Anhänglichkeit oder Sympathie für die Sache der Rebellen bekannt sind“ und daher mit ihrem Vermögen und ihrer Person für die Sicherheit der Liberalen im Machtbereich der Carlisle bürden? Der Minister des Innern hat eine Gebrauchsanweisung an die Civilgouverneure geschickt, worin die Frage dahin beantwortet wird: „Alle, welche in irgend einer Weise als solidarisirt mit den Rebellen erscheinen, sei es, daß sie einen Briefwechsel mit denselben unterhalten, sei es, daß sie Zeitungen empfangen oder analoge Handlungen begehen, welche Bande der Politik oder Partei constituiren.“ Man wäre versucht, hinter mehr als eine Stelle ein Frage- oder Ausrufungszeichen zu setzen, müßte man nicht zugeben, daß die Regierung im Zustand der Nothwehr handelt. Es ist der Bürgerkrieg mit seiner durch kein Völkerrecht gedämpften, mehr auf die Vernichtung als Befriedung des Gegners gerichteten Wuth, den die Carlisle in Schwung gebracht haben. Die Madrid'sche Regierung sieht keinen anderen Ausweg, als dem Feind auf dem gleichen Wege zu folgen. Sie macht sich aber eben damit dafür verantwortlich, daß die Behörden, die in erster Linie den Krieg gegen die Carlisle zu führen haben — denn dieser ist in dem Repressalien-Decret erklärt — daß die Zaunkönige von Dorf- und Stadtschulzen, die zum größten Theil von der Reaction ernannt sind, die ungeheure Gewalt, die ihnen mit dem Decret anvertraut ist, ohne politische oder gar persönliche Leidenschaft ausüben. Es ist zu bemerken, daß man mit der Ausführung des Decrets in Madrid ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung der carlistischen Helfershelfer begonnen hat. Es wurde in der carlistischen Aristokratie, die „am hellen Tage bloß ging“, ausgefegt, und es ist hierbei, so viel man hört, ohne Menschlichkeit abgegangen. Zu besorgen ist nur, daß die Carlisle, die für ihren Ruf als Söhne des 19. Jahrhunderts nicht zu sorgen haben, das Repressalien-Decret mit einem anderen überbieten werden, und so fort in infinitum. Es bestreitet sich, daß unsere Generale, dem Decret vom 29. Juni entsprechend, die Ordre erhalten haben, nicht nur in ihrem Theile bei der Verbannung und Güter-Conſiscation gegen die Carlislefamilien schonungslos mitzuhelfen, sondern auch durch Zerstörung der Ernten, welche dem Feinde nützen könnten, durch Wegnahme, beziehungsweise Vernichtung des Weinvorraths in Carlislestrichen, den Truppen und dem Volke des Prätextenden das Leben sauer zu machen. — Die Subcommission ist am Ende ihrer Compromisse und ihrer Kaufbahn angekommen. Ueber das Maß der Cultusfreiheit konnten die Herren die Compromissformel nicht ohne den gebührenden Bestand der Regierung zur Welt bringen. Schon hieß es, man wolle die Ruß ungefacht den Cortes aufpassen; da hat man sich im Cabinet, das angesichts der Kampfarbeit auf dem Kriegsschauplatz anstandshalber keine Krisis machen darf, doch noch auf ein Stichwort besonnen, das dann den Notabeln weitergegeben wurde. Statt der revolutionär klingenden „Cultusfreiheit“ soll nur die Cultustoleranz gewährt werden. Die Formel, auf welche sich die Notabeln schließlich vereinigt haben sollen, würde ungefähr mit dem übereinstimmen, was, nach unseren früheren Mittheilungen, in der Subcommission selbst schon in Vorschlag gekommen war. Die katholische Religion wird zur Staats-Religion erklärt und der Unterhalt ihres Cultus durch den Staat gewährleistet. Im Uebrigen soll Allen die auf spanischen Boden wohnen, sowohl Einheimischen als Fremden, gestattet sein, den religiösen Glauben zu bekennen, welchen sie für gut halten, sozwar daß sie zu dem Cultus in den für genannten Glauben gewidmeten Tempeln ermächtigt sind, unbeschadet den Vorschriften, welche die christliche Moral aufstellt. Es sind die Manifestationen auf öffentlicher Straße von allen religiösen Acten verboten, mit Ausnahme derer von der katholischen Religion. Dies wäre der Inhalt der Formel, wenn wir die Angaben der heutigen Blätter zusammenstellen. Ihre Bestätigung bleibt abzuwarten. Eine solche Formel wäre liberaler als man erwarten durfte. Insbesondere könnte die protestantische Propaganda, um die es sich allein handelt, mehr als zufrieden sein; da ihr die Kapellen gesichert würden, Manifestationen auf der Straße aber nicht zu ihrem Cultus gehören, so könnte sie nur etwa zur Entfernung ihrer Aushänge: Schilder über der Thüre gezwungen werden, die aber schon jetzt nicht allgemein üblich und nöthig sind. Die Propaganda könnte also ihr religiöses Bedürfnis mit der „Toleranz“ so gut wie mit der Cultusfreiheit befriedigen. Anders als von selbstverständlichem Standpunkt stellt sich die Frage dem Politiker. Für diesen ist die Cultusfreiheit nur ein Theil der individuellen Rechte; für ihn ist es gar nicht gleichgültig, ob die Ausübung eines Rechtes „gebuhet“ und damit das Recht als Recht nicht anerkannt wird; für ihn ist selbst der Cultusparagraph der Verfassung von 1869, welcher auch die katholische Religion als Staatsreligion proclamt und die sonstigen Culte für Fremde und eventuell auch Spaniern garantiert, bedenklich. Die Geschichte dieser Verfassung giebt in der That die Auskunft, daß der Artikel von der reactionären Opposition verhungert wurde. Wir werden wohl Veranlassung haben, auf diesen Punkt zurückzukommen, wenn erst die Compromissformel in ihrem Wortlaut vorliegt. Ihr verhältnißmäßiger Liberalismus macht es nicht ganz unwahrscheinlich, daß — wie die Sage geht — die Moderados sich ihre Concessionen abkaufen ließen, gegen Andere, die ihnen in der Frage des künftigen Wahlsystems zugefugt worden sein sollen. Diese Frage ist es, welche jetzt in den Vordergrund des Interesses gerückt ist.

Großbritannien.

A. A. C. London, 7. Juli. [Parlaments-Verhandlungen vom 6. Juli.] Das Oberhaus förderte in einer zweistündigen Sitzung die über 300 Paragraphen zählende Regierungsvorlage zur Reform der öffentlichen Gesundheitspflege mit einigen unwesentlichen Modificationen durch die Comiteberathung. Die Canada Copyright Bill, eine Maßregel zum wirksameren Schutze von literarischen Eigentumsrechten in Canada, wurde zum dritten Male gelesen.

Das Unterhaus hielt zwei Sitzungen. In der Tagesitzung kündigte Mr. Grant Duff, der Ex-Unterstaatssecretair für Indien, eine Interpellation bezüglich der Beziehungen zwischen England und Birma an. Dann wurden die Bill, welche eine Actiengesellschaft zur Herstellung einer neuen

Berlin, 9. Juli. Der Verkehr zeigte in Stimmung und Umfang eine sehr beträchtliche Abschwächung gegen die Tage zuvor. Anfänglich zeigte sich die Tendenz ziemlich fest, dann griff aber auf allen Gebieten eine Ermattung Platz. Die heutige Bestimmung wurde hauptsächlich durch Baissbestrebungen gefördert. Man mischte Wahres mit Falschem. Die anziehenden Getreidepreise in Oesterreich drücken auf die Course der Bahnpapiere, da den betreffenden Bahnen der Export mangeln wird. Dagegen hatte man in diesen Tagen den Tod des Speculanten Charfinkel dementirt und seine Baiss-Engagements verlacht, während man heute sich erzählte, in Paris gehe man bereits an die Realisirung der Radlachaffae, welche die Versilberung großer Posten Franzosen bedinge. Darauf hin seien Paris und Frankfurt Abgeber für das Papier. Das Factum der Offerten mag unbesritten sein, die curiose Erklärung unteruchen wir ebeno wenig ernstlich, wie diejenige, welche für die heute beliebte Baiss in Köln-Münbern erhalten mußte und die dahin lautete: es lasse sich berechnen, daß die Erträge des laufenden Jahres sich unerhöht niedrig gestalten würden. Die intern. Speculationen. zeigten sich ziemlich lebhaft und hatten auch, wenn schon unter den gestrigen Schlusscoursen, in leidlicher Festigkeit eingesezt. Die Haltung schwächte sich aber fortgesetzt ab und die Notirungen weisen gegen gestern nicht ganz belanglose Rückgänge auf. In erster Linie war hiervon Oester. Staatsbahn betroffen, während Lombarden die geringste Einbuße erlitten. Auch für die localen Speculationseffecten waltete das Angebot vor und

Berliner Börse vom 9. Juli 1875.

gingen die bezüglichen Course dem entsprechend hinunter. Disconto-Comm. 156, ult. 157-155,75-156, Dortmund Union 14,90, ult. 14,50-14,25-14,50, Laurahütte 90, ult. 90,25-75-89,75. Deffert. Nebenbahnen blieben sehr still, Galizier matt. Für die auswärtigen Staatsanleihen war die Stimmung wenig günstig, zwar blieben die Course meist unverändert, der Umsatz hielt sich aber in den allerengsten Grenzen. Tärten waren entschieden matt. Russische Werthe fest, L-Anleihen und Bahnen höher. Preuss. Fonds waren fest, haben aber nur minder regen Umsatz aufzuweisen. Andere Deutsche Staatspapiere blieben vernachlässigt, nur für Braunschweiger Loose trat Nachfrage auf. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten trug einen festen Charakter, von einheimischen Debitoren waren Steffiner 4 1/2 IV. und 4 1/2 V. Oberpfälzer de 1874, ferner Halle-Sorau I. und II. sowie Vergische 4 1/2 und 3 1/2 in angenehmem Verkehr. Deffert. Prioritäten zeigten sich ebenfalls recht fest und machten dabei auch Lombardische keine Ausnahme. Russische Prioritäten sehr still. Auf dem Eisenbahnmarkt hatte eine gedrückte Stimmung Platz gegriffen, die sich aus umfangreichen Veräußerungen in Köln-Mindener ableiten lässt. Eine Berichtigung fast des gesamten Coursniveaus war die unmittelbare Folge davon. Die schweren Bahnnationen bewegten sich träge und nur Potsdamer können fest genannt werden. Halberstädter niedriger. Auch leichte Bahnen verfielen einer gewissen Abwärtsbewegung, dieselben theilweise sich aber nur in sehr geringem Maße am Verkehr. Banfaktionen wurden wenig umgesetzt, hielten sich aber ziemlich fest. Berliner Bankverein beachtet. Deutsche Unionbank behauptet. Braunschweiger Bank, Geraer Credit und Mecklenburger Bodencredit besser. Disconto anziehend. Amsterdamer Bank zu höherem Course beliebt. Breslauer Bankdevisen weichend. Berliner Kassenverein bei unbedingtem Notiz matt. Hannoverische Bank gedrückt. Meiningener niedriger. Industriepapiere zum Theil matt, Schultheis, Böhmische Brauhaus und Brauerei Friedbrichshain steigend. Montanwerke mehr vernachlässigt, aber nicht durchgängig matt. Böhm. A. meistentheils höher, Bochumer, Deutsches Bergwerk, Maschinen und Schief. Kohlen anziehend. Centrum und Louise offerirt, König Wilhelm niedriger. Um 2 1/2 Uhr: Credit 391, Lombard 163,50, Franzosen 500, Disco-Comm. 155, Dortmund Union 14 1/2, Laurah 89 1/2, Köln-Mindener 97 1/2, (Bant. u. S. 3.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-course.] Londoner Wechsel 205, 15. Pariser do. 81, 05. Wiener do. 182, 50. Böhmische Wechsel 170 1/2. Galizier 158 1/2. Galizier 204 1/2. Franzosen 250 1/2. Lombarden 81 1/2. Nordwestbahn 133 1/2. Silberrente 67. Papierrente 64 1/2. Russ. Bodencredit 93. Russen 1872 104. Amerikaner 1882 98 1/2. 1880er Loose 119. 1884er Loose 306, 50. Creditactien 195 1/2. Bantactien 857, 00. Darmstädter Bank 130 1/2. Brüsseler Bank 1. Berliner Bankverein 73 1/2. Frankfurter Bankverein 73 1/2. do. Wechselbank 75 1/2. Deffert. deutsche Bank 80. Meiningener Bank 81 1/2. Sächsische Effectenb. 1. Provd.-Disc.-Gesellschaft 1. Continental 1. Hess. Ludwigsbahn 104 1/2. Oberpfälzer 1. Raab-Graser 1. Ungar. Staatsloose 173, 00. do. Schatzanweisungen alte 96. do. Schatzanw. neue 95 1/2. do. Ostb.-Dbl. II. 66 1/2. Oregon Eisenb. 1. Rockford do. 1. Central-Pacific 86 1/2. Reichsbank-Antheilsscheine 143 1/2. Internationale Speculationswerthe matt. Wenig Geschäft.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 195, Franzosen 250 1/2, Lombarden 81 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. Juli, Nachmittags. [Schluss-Course.] Hamburger St.-B. Nr. 115, Silberrente 67, Creditactien 194, Nordwestbahn 1, 1880er Loose 120, Franzosen 623 1/2, Lombarden 203, Italienische Rente 72, Vereins-Bank 116 1/2, Laurahütte 90, Commerzbank 80 1/2, do. II. Em. 1, Norddeutsche 136 1/2, Provinzial-Disconto 1, Anglo-deutsche 44 1/2, do. neue 66 1/2, Dan. Landmbt. 1, Dortmunder Union 1, Wiener Unionbank 1, 66er Russ. Br.-A. 1, 66er Russ. Br.-A. 1, Amerikaner de 1882 92 1/2, Köln-M. St.-A. 97 1/2, Rhein. Eisenb. do. 111 1/2, Vergisch-Mark. do. 84 1/2, Disconto 3 pCt. 1. Schwach.

Brasilianische Bank 62 1/2, Internationale Bank 83 1/2. Wechselnotierungen: London lang 20, 35 Br., 20, 29 Gld., London kurz 20, 51 Br., 20, 43 Gld., Amsterdam 169, 90 Br., 169, 10 Gld., Wien 181, 00 Br., 179, 00 Gld., Paris 80, 50 Br., 79, 90 Gld., Petersburger Wechsel 276, 50 Br., 274, 50 Gld., Frankfurt a. M. pr. 100 Mt. 98, 95 Br., 98, 65 Gld.

Liverpool, 9. Juli, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Steigt. Amerikanische Verschiffungen unbedändert.

Middl. Orleans 7 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/2, middling fair Dhollerah 4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Pernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Cavron 8 1/2.

Anfangsbericht fehlt noch.

Mandagetter, 9. Juli, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 9, 20r Water Nichols 10 1/2, 30r Water Giblow 11 1/2, 30r Water Clayton 12 1/2, 40r Water Mayall 11 1/2, 40r Medio Willinson 13 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 15 1/2, Printers 1 1/2, 1 1/2 8 1/2 pCt. 114. Markt rubig.

Liverpool, 9. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen 1 D., Mais 6 D. höher, Wehl unbedändert.

Antwerpen, 9. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen rubig, dänischer 25 1/2. Roggen matt, Oefia 17 1/2. Hafer gefragt, russischer 20 1/2. Gerste stetig.

Antwerpen, 9. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Lowe weiß, loco 23 1/2 bez., 24 Br., per Juli 23 1/2 bez. u. Br., per September 25 1/2 bez. u. Br., per September-December 26 Br., per October-December 26 1/2 Br. Weichend.

Bremen, 9. Juli. [Petroleum.] (Schlussbericht.) Standard white loco 10, 15, pr. Septbr. 10, 35, pr. Octbr. 10, 60, pr. Novbr. 10, 80. Fest.

Breslau, 10. Juli, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr fest, bei mäßigem Angebot, Preise zum Theil höher.

Weizen zu besseren Preisen gut veräußert, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,60 bis 16,40 Markt, gelber 15-15,80 bis 17,80 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 13,40-14,50 bis 15,60 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste wenig verändert, per 100 Kilogr. 11,70-13,20 Markt, weiße 13,40 bis 14,40 Markt.

Hafer schwach preishaltend, per 100 Kilogr. 13,80-14,50-16,30 Markt, feinsten über Notiz.

Mais gut behauptet, per 100 Kilogr. 11,80-12,80 Markt. Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16-17-19,50 Markt.

Bohnen stark angeboten, per 100 Kilogr. 19-20-21,50 Markt. Lupinen gut veräußert, pr. 100 Kilogr. gelbe 16-17 Markt, blau 15,50-16,50 Markt.

Weiden wenig offerirt, per 100 Kilogr. 19-20-22 Markt. Delaaten gut veräußert.

Schlaglein wenig verändert.

Per 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Reinsaat 27 - 25 - 23 50

Winterraps 25 50 - 24 - 23 50

Winterrüben 25 - 23 50

Rapskuchen unbedändert, pr. 50 Kilogr. 8-8,20 Markt. Leinkuchen sehr rubig, pr. 50 Kilogr. 10,80-11,20 Markt.

Thymothee ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 26-28-29 Markt. Kleesamen ohne Umsatz, rother pr. 50 Kilogr. 48-52-55 Markt, - weißer pr. 50 Kilogr. 54-57-68 Markt, hochfeiner über Notiz.

Mehl in etwas festerer Stimmung, pr. 100 Kilogramm Weizen 24,25 bis 25,25 Markt, Roggen fein 23,75-24,75 Markt, Hausbacken 21,75 bis 22,75 Markt, Roggen-Futtermehl 11-11,50 Markt, Weizenkleie 8,25 bis 8,75 Markt.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

	Juli 9. 10.	Nachm. 2 U.	Morg. 6 U.	
Lufttemper. bei 0°	32° 7/10	32° 7/10	32° 7/10	32° 7/10
Luftwärme	+ 16° 7	+ 16° 3	+ 12° 1	
Dunstdruck	67 7/10	67 7/10	67 7/10	67 7/10
Dunstfälligkeit	83 pCt.	67 pCt.	88 pCt.	
Wind	W. 1	SW. 1	W. 2	
Wetter	wollig.	wollig.	bedeckt, Regen.	
Wärme der Ober			7 Uhr Morgens + 17° 3.	

Breslau, 10. Juli. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 54 Cm. U.-P. - M. - Cm.

Wechsel-Course.			
Amsterd. 100 Fl.	8 T. 3/4	171,30 bz	
do. do.	2 M. 3/4	170,30 bz	
Lugaburg 100 Fl.	2 M. 4	—	
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M. 4	—	
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 4	—	
London 1 Lst.	3 M. 3	23,32 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 4	89,90 bz	
Petersburg 100 Rbl.	3 M. 4	276,50 bz	
Warschau 100 Rbl.	8 T. 4	278,70 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 4	182,30 bz	
do. do.	2 M. 4	181,20 bz	

Fonds- und Geld-Course.			
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	—	
Meissn.-Anl. 4 1/2 pCt.	4 1/2	—	
do. consolid.	4 1/2	106,80 bz	
do. 4 pCt.	4 1/2	98,40 bz	
Staats-Schuldenschein	3 1/2	92,00 bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	138,90 bz	
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,40 bz	
do. Berliner	4 1/2	101,20 bz	
Pommersche	3 1/2	87,00 bz	
Pommersche	3 1/2	95,20 bz	
Schlesische	3 1/2	—	
Kur-u. Neumark.	4	95,20 bz	
Pommersche	4	97,25 bz	
Pommersche	4	96,90 bz	
Preussische	4	97,10 bz	
Westfal. u. Rheinl.	4	96,70 bz	
Schlesische	4	94,20 bz	
Schlesische	4	97,25 bz	
Sächsische Präm.-Anl.	4	118,40 bz	
Bayerische 4 1/2 Anleihe	4	129,00 bz	
Sächs.-Mittelpfand.	3 1/2	106,80 bz	

Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Aachen-Matricht	1 1/2	1874	25,70 bz
Berg.-Märkische	3	3	84,00 bz
Berlin-Asholt	16	8 1/2	104 bz
do. Dresden	5	5	42,20 bz
Berlin-Görlitz	3	3	47 bz
Berlin-Hamburg	10	12 1/2	183,90 bz
Berl. Nordbahn	6	6	140 bz
Berl. Post-Magd.	4	4 1/2	63,25 bz
Berlin-Stettin	16 1/2	9 1/2	127,25 bz
Böhm. Westbahn	5	5	85,35 bz
Breslau-Freib.	5	5 1/2	83 bz
do. neue	5	5	—
Cöln-Minden	8 1/2	6 1/2	109,05 bz
do. neue	5	5	101,75 bz
Cuxhav. Eisenb.	6	6	—
Dux-Bodenbach	6	6	19 bz
Gal.-Carl-Ludw.-B.	8,67	8 1/2	102,39 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	13,60 bz
Hannover-Altenb.	0	0	15,15 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	68 bz
Kromp.-Radolpsh.	5	5	61 bz
Ludwigsb.-Berk.	3	3	170,30 bz
Magd.-Posener	3	3	20 bz
Magd.-Leipzig	14	14	211,90 bz
do. Lit. B.	4	4	92,40 bz
Mahn-Ludwig	9	9	104,70 bz
Niedersch.-Märk.	4	4	98,90 bz
Oberschl. A. C. D.	13	12	141,60 bz
do. B.	13	12	131,25 bz
do. E.	—	—	134,60 bz
Oest.-Fr.-St.-B.	10	8	504,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	263,60 bz
Oest.-süd.-St.-B.	3	1 1/2	165,50 bz
Ostpreuss. Südb.	6	6	41,25 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	6 1/2	106,25 bz
Reichenberg-Pard.	9	9 1/2	64,50 bz
Rheinische	8	8 1/2	112,50 bz
Rhein-Nah-Bahn	0	0	16,75 bz
Rumän.Eisenbahn	5	4	33,60 bz
Schweiz-Westbahn	1 1/2	0	9,90 bz
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 G
Thüringer	7 1/2	7 1/2	114,25 bz
Warschau-Wien	11	10	252,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.			
Berlin-Görlitz	5	5	84 bz
Berlin-Nordbahn	5	5	1,75 bz
Breslau-Warschau	0	0	81 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	25,50 bz
Hannover-Altenb.	0	0	27 bz
Kohlfurt-Falkenb.	5	2 1/2	47,50 bz
Märkisch-Posener	3	3	56,50 G
Magd.-Haltb.	3 1/2	3 1/2	91,25 bz
do. Lit. C.	0	0	—
Ostpr. Südbahn	0	0	80,30 bz
Pomm.-Centralb.	0	0	8,80 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6 1/2	6 1/2	109 bz
Rum. (40% Eisenb.)	8	8	91,50 bz
Saal-Bahn	5	3 1/2	37,75 bz

Hypotheken-Certifikate.			
Krupp'sche Partial Obl.	5	103,60 bz	
Unk. Pr. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2	100,50 bz	
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfd.	4 1/2	97,75 bz	
Kündb. Cent.-Bd.-Cr.	4	100,40 bz	
Unkünd. do. (1872) 5	—	102,80 bz	
do. rückz. 110	—	105,50 bz	
do. rückz. 110	—	101,00 bz	
Unk. H. d. Pr. Bd.-Cr. B.	5	103,60 bz	
do. III. Em. do. 5	—	101,50 bz	
Kündb.-Hyp.-Schuld. do. 5	—	100,00 bz	
Hyp.-Anst. Nord-G.-C.B. 5	—	101,50 bz	
Pomm. Hypoth.-Briefe 5	—	105,00 bz	
Schles. Präm.-Pf. I. Em. 5	—	109,70 bz	
do. do. II. Em. 5	—	106,80 bz	
do. 5% Pr. rückz. m. 110 5	—	104,00 bz	
do. 4% do. do. m. 110 5	—	99,00 G	
Meining. Präm.-Pfd. 5	—	101,75 bz	
Oest. Silberpfandbr. 5	—	62,00 G	
do. Hyp.-Ord.-Pfdbr. 5	—	61,75 bz	
Präm.-A. Oest.-Bd.-Cr.-G. 5	—	89,00 bz	
Schles. Bodencr.-Pfdbr. 5	—	100,50 G	
do. do. 5	—	95,25 B	
Südd. Bod.-Cr.-Pfdbr. 5	—	102,50 G	
Wiener Silberpfandbr. 5	—	—	

Ausländische Fonds.			
Oest. Silberrente	4 1/2	66,50 bz	
do. Papierrente	4 1/2	49,90 bz	
do. 5% Präm.-Anl.	4	112,00 bz	
do. Lott.-Anl. v. 60	5	119,50 bz	
do. Credit-Loose	—	348,00 bz	
do. 6% Loose	—	348,00 G	
do. Bod.-Cr.-Pfdbr. 5	—	103,60 bz	
do. Bod.-Cr.-Pfdbr. 5	—	93,00 bz	
do. Bod.-Cr.-Pfdbr. 5	—	88,25 G	
do. Bod.-Cr.-Pfdbr. 5	—	84,00 G	
do. Liquid.-Pfdbr. 5	—	71,00 bz	
Amerik. rick. p. 1883	—	101,10 bz	
do. do. p. 1883	—	102,25 B	
do. 5% Anleihe	—	99,30 bz	
do. 5% Anleihe	—	72,10 bz	
do. Tabak-Oblig.	—	106,10 bz	
do. Saab-Graser 100 Thlr. L.	—	85,60 B	
do. Rumänische Anleihe	—	106,10 bz	
do. Türkische Anleihe	—	39,80 bz	
do. 5% St.-Eisenb.-Anl.	—	77,00 B	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	—	—	
Türkische 10 Thlr.-Loose	—	95,90 bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg-Mark. Serie II.	4 1/2	103,00 Bz	
do. III. S. 3 1/2	3 1/2	85,25 bz	
do. do. VI. 4 1/2	4 1/2	99,00 G	
do. Hess. Nordbahn	5	103,90 Bz	
Berlin-Görlitz	—	—	
do. Lit. C.	—	26,10 G	
do. Lit. C.	—	97,75 G	
Breslau-Freib. Litt. D.	—	96,75 G	
do. do. E.	—	95,50 G	
do. do. F.	—	95,50 G	
do. do. G.	—	95,75 G	
do. do. H.	—	95,75 G	
Cöln-Minden	—	—	
do.	—	101,00 G	
do.	—	102,90 bz	
do.	—	—	
do.	—	95,25 bz	
Hannover-Altenbaken	—	—	
Märkisch-Posener	—	—	
N.-M. Staatsb. I. Ser.	—	97,75 bz	
do. do. II. Ser.	—	95,60 Bz	
do. do. Obl. II. L.	—	97,25 G	
do. do. III. Ser.	—	97 Bz	
Oberschl. A.	—	94,50 G	
do. D.	—	80 Bz	
do. E.	—	83,50 Bz	
do. F.	—	83,50 Bz	
do. G.	—	95,75 Bz	
do. H.	—	102,40 bz	
do.	—	104,25 bz	
do. von 1873.	—	—	
do. von 1874.	—	98,60 bz	
do. Brieg-Neisse	—	—	
do. Oest.-Oderb.	—	—	
do. do.	—	104,40 bz	
do. Stargard-Posen	—	92,50 bz	
do. do. II. Em.	—	—	
do. do. III. Em.	—	—	
do. Niederschl. Zw. b.	—	79,50 bz	
Ostpreuss. Südbahn	—	102,75 G	
Rechte-Oder-Ufer-B.	—	104,60 bz	
Schlesw. Eisenbahn	—	95,75 G	
Chemnitz-Komotau	—	54,50 bz	
Dux-Bodenbach	—	65,75 bz	
do. II. Emission	—	52,50 bz	
Prag-Dux	—	25,10 bz	
Gal.-Carl-Ludw.-Bahn	—	92,00 bz	
do. do. neue	—	89,00 bz	
Kas			